



Beantwortung

der überparteilichen Motion 20200363, Tennenbaum Ruth, Passerelle, Sprenger Titus, Passerelle, Augsburg-Brom Dana, Passerelle, Heiniger Peter, PdA, Roth Myriam, Grüne, Tanner Anna, SP, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Rebetez Maurice, PSR, «Citycard für alle in Biel Lebenden einführen»

Im vorliegend behandelten Vorstoss wird der Gemeinderat gebeten

1. Eine City-Card als Identifikationsdokument für alle auf dem Perimeter von der Stadt Biel lebenden Personen einzuführen und die soziale und rechtliche Teilhabe zu gewähren.
2. eine Umsetzungsstrategie für den wirkungsvollen Einsatz der Karte zu entwickeln und sich bei umliegenden Gemeinden zu engagieren, sich an diesem System zu beteiligen (Ausdehnung des Perimeters der City-Card).

Einleitend weist der Gemeinderat darauf hin, dass die sog. «Papierlosen» in ihrer überwiegenden Mehrheit in Privathaushalten, im Gastgewerbe oder auf dem Bau einer Arbeit nachgehen und keine Sozialhilfe beziehen. Die Betroffenen leben in permanenter Angst entdeckt und ausgewiesen zu werden. Die Gründe dazu sind vielfältig. Bei den in Biel ansässigen Sanspapiers handelt es sich vorwiegend um ehemalige Asylsuchende oder Touristen aus Zentral- und Südamerika. Bei einem geringeren Teil handelt es sich um Personen aus dem Schengen-Raum, welche sich hier illegal aufhalten, weil sie keine Arbeitsbewilligung erhalten können, da sie Qualifikationen haben bzw. eine Stelle in Bereichen suchen, für welche genügend inländische Arbeitnehmende vorhanden sind. Für den Gemeinderat vermag eine City-Card die vielfältigen, ursächlichen Probleme nicht zu lösen.

Zu den beiden Anliegen positioniert sich der Gemeinderat wie folgt:

Die Stadt Zürich hat im November 2020 bekannt gegeben, dass sie innerhalb der kommenden sechs Jahre eine sogenannte «Züri-City-Card» einführen wolle.

Sie hat dabei festgehalten, dass im Gegensatz beispielsweise zur Stadt New York in der Schweiz die Gemeinden kantonales und eidgenössisches Recht direkt umsetzen oder dessen Umsetzung zumindest nicht behindern dürfen. Es ist deshalb nicht möglich, Personen ohne einen geregelten Aufenthalt davor zu schützen, angezeigt, gemeldet oder verhaftet zu werden.

Bezüglich den Rahmenbedingungen hat ein Rechtsgutachten der Stadt Zürich darauf verwiesen, dass das Ziel zur Verbesserung der Situation von Sans-Papiers nur erreicht werden kann, wenn die Inhaberinnen und Inhaber darauf vertrauen dürfen, dass Behörde oder Private zur Identifikation einzig auf die City-Card abstellen und der Aufenthaltsstatus deshalb nicht offengelegt werden muss. Die Karte könne zwar zur Identitätsfeststellung durch die Kantonspolizei genügen, hingegen kann die Stadt nicht verlangen, dass die auf ihrem Gebiet tätige Kantonspolizei die City-Card auch als Identifikationsausweis akzeptiert. Aus diesem Grund würde das Hauptproblem der Sans - Papiers, nämlich die Angst vor Polizeikontrollen und Abschiebung nicht geringer, weil nicht davon auszugehen ist, dass die Kantonspolizei Bern die City-Card bei einer Ausweiskontrolle akzeptieren würde. Darüber hinaus wären die Personendaten aller Sans-Papiers, die bei der Stadt eine City-Card haben machen lassen, bei den städtischen Behörden registriert. Die kantonalen

Strafverfolgungsbehörden könnten bspw. im Rahmen von strafrechtlichen Ermittlungsverfahren auf diese zugreifen.

Der Nutzen einer solchen Karte ist somit vor allem dann gegeben, wenn sie in der Gesamtbevölkerung weit verbreitet ist. Dies wiederum ist nur dann erreichbar, wenn der Nutzen einer solchen Karte für alle Einwohnerinnen und Einwohner attraktiv ist und einen Mehrwert bringt. Dieser könnte finanzielle Aspekte beinhalten oder andere Nutzungsmöglichkeiten eröffnen. Gedacht sei beispielsweise an die Aufschaltung einer Plattform, auf der städtische (z.B. Schnittstellen zu städtischen Online-Dienstleistungen) und auch private Angebote gebündelt würden, womit allerdings ein Stadtausweis im Vordergrund steht, der Daten digital speichern kann und damit mehrere bisherige Karten ersetzen könnte und welcher auch als App genutzt werden könnte. Die Stadt Zürich geht davon aus, dass die Einführung eines solchen Ausweises umfangreiche rechtliche, technische und organisatorische Abklärungen erforderlich macht. Die Vorbereitungsarbeiten sind mit hohen Kosten verbunden. Ebenso ist nach der Einführung mit erheblichen wiederkehrenden Personal- und Sachkosten für die Herausgabe und Bewirtschaftung der City-Card zu rechnen. Hinzu kommen die direkten und indirekten finanziellen *Vergünstigungen, die die Nutzung der Karte für die Bevölkerung attraktiv machen soll.*

Angesichts der sich aus den gemachten Ausführungen ergebenden Erkenntnissen erachtet der Gemeinderat die Einführung einer City-Card gemäss der in der Motion skizzierten Form nicht als zielführend und zum jetzigen Zeitpunkt als verfrüht. Der Gemeinderat will deshalb die durch die Stadt Zürich zu treffenden, sehr umfangreichen und mit erheblichem finanziellen sowie personellem Aufwand verbundenen Abklärungen abwarten. Zwar können die Verhältnisse der Stadt Zürich nicht ohne weiteres übernommen werden. Allerdings könnten die durch die Stadt Zürich realisierten Erkenntnisse und Ergebnisse die Stadt Biel in die Lage versetzen, mit wesentlich weniger Aufwand zu einer abschliessenden Beurteilung bezüglich Nutzen und Möglichkeiten einer solchen Karte für die Stadt Biel zu gelangen. Der Gemeinderat vertritt deshalb die Auffassung, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt werden sollte. Dies würde es dem Gemeinderat auch ermöglichen zu prüfen, ob – ähnlich einer Initiative der Stadt Bern – Gutscheine für Deutschkurse an Sanspapiers verschenkt werden können.

Gestützt auf die obenstehenden Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, die überparteiliche Motion 20200363 in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Biel, 10. März 2021

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Die Stadtschreiberin:

Erich Fehr

Barbara Labbé

Beilage:

· Überparteiliche Motion 20200363

20200363

Überparteiliche Motion

CITYCARD für alle in Biel Lebenden einführen

Der Gemeinderat wird gebeten

1. Eine Citycard als Identifikationsdokument für alle auf dem Perimeter von der Stadt Biel lebenden Personen einzuführen und die soziale und rechtliche Teilhabe zu gewähren.
2. Der Gemeinderat entwickelt eine Umsetzungsstrategie für den wirkungsvollen Einsatz der Karte und engagiert sich bei umliegenden Gemeinden, sich an diesem System zu beteiligen (Ausdehnung des Perimeters der Citycard)

Begründung

Mit dem Konzept der "Urban Citizenship" soll die rechtliche und soziale Teilhabe aller in Biel lebenden Menschen sichergestellt werden.

Eine Bieler Citycard soll also eine städtische Identitätskarte sein, mit der sich alle Menschen, die in Biel wohnen, ausweisen können und zwar unabhängig von ihrem aktuellen Aufenthaltsstatus.

Damit sollen die Grundrechte gewahrt werden insbesondere bei Sans-Papiers oder bei abgewiesenen Asylsuchenden. Sie sollen damit Schutz erhalten, wenn sie beispielsweise Opfer von Gewalt oder Ausbeutung werden. Eine solche Karte soll aber auch Zugänge schaffen zum Beispiel bei Vertragsabschlüssen (Wohnung, Handy, Versicherungen usw.) oder bei der Gesundheitsversorgung. Sans-Papiers erhalten so eine Aufenthaltssicherheit im städtischen Kontext und können bei der Einforderung ihrer Rechte unterstützt werden.

Da die Stadtgrenzen fließend sind, wäre es wünschenswert aber keine Bedingung, wenn weitere Gemeinden zum Mitmachen oder zumindest zum Anerkennen einer solchen Identitätskarte bereit wären.

Der Stadtrat von Zürich hat der Einführung einer Citycard zugestimmt (vgl. auch <https://www.zuericitycard.ch/stadtrat>) Gemäss Medienberichten zufolge sei die Grundlage für den Entscheid des Stadtrates unter anderem zwei von ihm in Auftrag gegebene Rechtsgutachten der Universität Zürich sein. Die Rechtsexpert*innen halten darin fest, dass die Einführung einer Züri City Card weder Bundes- noch kantonalem Recht widerspricht. Sofern die Züri City Card notwendige Angaben wie beispielsweise Name, Geburtsdatum und Foto enthält, reiche sie der Stadtpolizei zur Identitätsfeststellung.

Biel, 18. November 2020

Fraktion Einfach Libres!

Ruth Tennenbaum
Passerelle

Titus Sprenger
Passerelle

Dana Augsburger-Brom
Passerelle

Peter Heiniger
PDA



Groupe les Verts
Myriam Roth

SP/JUSO Fraktion
Anna Tanner

Fraktion GLP+
Sandra Gurtner-Oesch

Groupe PSR
Maurice Rebetez

